

// Prof. Dr. Carmela Aprea (Universität Mannheim), Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen (ZEW Mannheim), Marius Cziriak (ZEW Mannheim) und Dr. Donya Gilan (LIR Mainz)

Finanzielle Verluste und sozialpolitische Unterstützung von Haushalten in der Corona-Krise

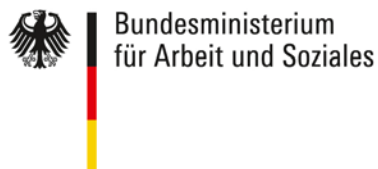
Eine Befragung der deutschen Erwerbsbevölkerung ab 30 Jahren während des zweiten Lockdowns im Dezember 2020 bis Januar 2021.

Zusammenfassung

- Diese Studie betrachtet die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf private Haushalte Ende des Jahres 2020.
- Insgesamt geben knapp ein Viertel der Haushalte in Deutschland an, während der Corona-Krise im Jahr 2020 Einkommensverluste erlitten zu haben. Bezieht man auch Vermögensverluste ein, erhöht sich der Anteil der von Verlusten betroffenen Haushalte auf knapp 43 Prozent.
- Die von Bund und Ländern angebotenen Unterstützungsmaßnahmen wurden von 9,2 Prozent der Haushalte in Anspruch genommen. Unter Haushalten mit finanziellen Verlusten ist die Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung mit 16 Prozent höher und nimmt mit der Höhe der Verluste zu. Am weitesten verbreitet waren das Bonus-Kindergeld und Kurzarbeitergeld. Zudem haben viele Selbstständige Corona-Soforthilfen in Anspruch genommen. Jüngere Personen und Selbstständige wurden insgesamt eher von den Maßnahmen erreicht.
- Unter Haushalten, die keine Leistungen in Anspruch nahmen, gibt etwa jeder fünfte Haushalt an, Bedarf an Unterstützung gehabt zu haben. Alleinerziehende, geringfügig Beschäftigte und nicht oder nur gelegentlich erwerbstätige Personen gaben häufiger an, dass sie keine sozialpolitische Unterstützung im Rahmen der Corona-Maßnahmen in Anspruch genommen haben, obwohl sie Bedarf gehabt hätten.
- Häufig genannte Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme trotz bestehenden Bedarfs sind Unklarheiten über die Berechtigung oder über die Wege zur Unterstützung, ein hoher bürokratischer Aufwand oder weil es den Betroffenen unangenehm war nach Unterstützungen zu fragen.



Gefördert durch:



1. Einleitung

Die Corona-Pandemie und deren Bekämpfung gingen mit erheblichen Einschnitten in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben einher. Einschränkungen durch die Pandemie behinderten globale Lieferketten und führten zum Produktionsausfall in nachfragestarken Sektoren. Kontaktbeschränkungen limitierten das Angebot im Dienstleistungssektor, führten hingegen zu enormen Nachfrageschüben in Branchen, die komplementär zu den Ausgangsbeschränkungen waren.

Die aus diesen Umbrüchen folgenden direkten oder indirekten finanziellen Konsequenzen sind unter den privaten Haushalten in Deutschland unterschiedlich verteilt. Um die ökonomischen Folgen für besonders betroffene Personengruppen abzufedern, wurden von Bund und Ländern zahlreiche Maßnahmen ergriffen, deren Effektivität bisher jedoch nur begrenzt evaluiert wurde.¹ Ein gemeinsam von der Universität Mannheim, dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) und dem Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR) durchgeführtes Forschungsprojekt erlaubt Einblicke in die finanziellen Belastungen und Beanspruchungen privater Haushalte während der Corona-Krise und ermöglicht eine Evaluation der zum Einsatz gekommenen sozialpolitischen Maßnahmen.

Um die finanzielle Betroffenheit von privaten Haushalten durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzumildern, kamen verschiedene bereits bestehende sozialpolitische Instrumente zum Einsatz. Einige Maßnahmen wurden dabei angepasst und zahlreiche zusätzliche Transfers von Bund und Ländern eingeführt. Bevor wir die Inanspruchnahme der befragten Haushalte analysieren, geben wir zunächst einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Maßnahmen:

Bestehende Instrumente. Grundsätzlich konnten Haushalte mit geringem oder verringertem Einkommen Maßnahmen aus der sozialen Grundsicherung beantragen, also Wohngeld oder Leistungen für Unterkunft und Heizung, oder im Falle von minderjährigen Kindern im Haushalt, einen Kinderzuschlag (KiZ). Außerdem standen Arbeitslosengeld I oder Grundsicherung (ALG II) zur Verfügung.

Angepasste Instrumente. Einige bereits etablierte Instrumente wurden an die aktuelle Situation angepasst. So vereinfachten die Sozialschutzpakete 1 und 2 (verabschiedet im März bzw. Mai 2020) den Zugang zur Grundsicherung, Vermögensprüfungen wurden abgeschafft und eine befristete Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen für Heizung und Unterkunft wurde ermöglicht. Auch der Zugang zum Kinderzuschlag wurde für Familien vereinfacht, die durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit ein geringeres Einkommen hatten. Gleiches galt für den Zugang zu Ergänzungsleistungen, also das „Aufstocken“ des Arbeitslosengeldes oder „Ergänzen“ des Erwerbseinkommens mit ALG II im Falle eines geringen Einkommens. Unter den angepassten Leistungen sind zudem die Ausweitungen und Lockerungen des Kurzarbeitergeldes (KAG) hervorzuheben, welche eine zentrale Rolle bei der Absicherung vieler Angestellter einnahmen. Über ein „Krisen-Kurzarbeitergeld“ wurde die Bezugsdauer von 12 auf 24 Monate ausgebaut, der Zugang erleichtert und mit zunehmender Bezugsdauer erheblich erhöht: Bei einer Reduktion der Arbeitszeit um mehr als 50 Prozent stieg nach vier Monaten das KAG von 60 Prozent des Arbeitsentgelts (bzw. 67 Prozent mit Kind) auf 70 Prozent (bzw. 77 Pro-

¹ Eine Ausnahme stellt der Bericht von Bonin *et al.* (2021a) dar. Diese Ergebnisse beziehen sich jedoch auf die Zeit vor Oktober 2020.

zent), und ab dem siebten Monat auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent). Zusätzlich konnte eine geringfügige Beschäftigung anrechnungsfrei ausgeübt werden.

Neue Instrumente. Um der besonderen Situation als „Krise für Selbstständige“ (Kritikos *et al.* 2020) zu begegnen, wurden beitragsfinanzierte Leistungen auf andernfalls nicht berechnete Selbstständige ausgeweitet. So konnten Selbstständige Grundsicherung (ALG II) ohne vorherige Vermögensprüfung und mit Übernahme der tatsächlichen Wohnungskosten beziehen. Kleinstunternehmer und Solo-Selbstständige wurden zudem durch zusätzliche Maßnahmen unterstützt. Corona-Soforthilfen von Bund und Ländern zielten auf die Versorgung mit ausreichend Liquidität ab.

Im Rahmen dieser Kurzexpertise gehen wir folgenden Fragen nach: Wie stark waren private Haushalte von finanziellen Verlusten betroffen? Welche Haushalte waren besonders stark von Verlusten betroffen? Welche sozialpolitischen Unterstützungsmaßnahmen wurden im Rahmen der Corona-Krise in Anspruch genommen? Welche Haushalte wurden von den bestehenden oder neu eingeführten Maßnahmen erreicht? Bei welchen Haushalten besteht trotz des vorhandenen Maßnahmenpakets ein ungedeckter Bedarf nach sozialpolitischer Unterstützung?

2. Datengrundlage und Variablen

Datengrundlage für diese Studie ist eine Befragung von Haushalten in Deutschland zu finanziellen Belastungen durch die Corona-Krise. Die Befragung wurde während des zweiten Lockdowns im Dezember 2020 bis Januar 2021 durchgeführt. Es wurden 1875 Personen aus dem Bundesgebiet telefonisch- (CATI) oder über Computergestützte Internet-Interviews (CAWI) befragt. Die Befragung wurde von den drei oben genannten Projektpartnern gemeinsam konzipiert und von dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH durchgeführt. Sie konzentrierte sich auf die deutschsprachige erwerbstätige Wohnbevölkerung ab 30 Jahre und ist für diese repräsentativ.² Die Befragten hatten ein durchschnittliches Alter von 47,8 Jahren, waren zu 52 Prozent weiblich und wohnten zu knapp 13 Prozent im Osten der Bundesrepublik. Neben den hier behandelten finanziellen Belastungen und der Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung legte die Befragung ein besonderes Augenmerk auf die Verhaltensadaptionen in Folge der Krise, die psychischen Auswirkungen der Krise sowie finanzielle und psychische Bewältigungsressourcen und -strategien.³

Für die Auswertung der sozialpolitischen Aspekte werden für diese Kurzexpertise folgende Variablen verwendet:

Betroffenheit durch finanzielle Verluste. Im Rahmen der Befragung wurden die Änderungen des monatlichen Nettoeinkommens der Haushalte seit März 2020 aufgrund der Corona-Krise erhoben. Die Frage und die Antwortmöglichkeiten lauten: *Wie hat sich in der Corona-Krise (seit März 2020) das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushalts entwickelt? Es ist gestiegen um ca. ___% | Es hat sich nicht geändert. | Es ist gesunken um ca. ___%* (Zulässig waren Angaben zwischen 0 und 100).

² Das heißt, die Befragung ist repräsentativ für die zumindest gelegentlich erwerbstätige Wohnbevölkerung, Arbeitslose, Auszubildende und Personen in Mutterschafts- oder Erziehungsurlaub bzw. in Elternzeit, die das 30. Lebensjahr vollendet haben.

³ Für einen umfassenderen Einblick in die Befragung und die darin erhobenen Daten siehe Aprea et al. (forthcoming).

Für die Analysen definieren wir eine Variable, die angibt, ob Haushalte von Einkommensverlusten betroffen waren.

Zusätzlich wurden die Auswirkungen der Krise auf das finanzielle Vermögen der Haushalte erfragt. Die Frage und die Antwortmöglichkeiten lauten: *Hat sich die Corona-Krise bisher auf den Wert des finanziellen Vermögens Ihres Haushaltes ausgewirkt? Keine Auswirkungen. | Trifft nicht zu, kein finanzielles Vermögen vorhanden. | Deutliche Verluste erlitten. | Geringe Verluste erlitten. | Geringe Gewinne erzielt. | Deutliche Gewinne erzielt.*

Wir definieren einen Indikator, der angibt, ob Haushalte von Vermögensverlusten betroffen waren. Zusätzlich kombinieren wir die Antworten auf Einkommens- und Vermögensverluste und unterscheiden Personen, die von Einkommensverlusten, Vermögensverlusten, von beidem oder von keinem Verlust betroffen waren.

Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung und Art der Unterstützung. Die Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung wurde über folgende Fragen erfasst: *Haben Sie oder jemand aus Ihrem Haushalt staatliche Unterstützung im Rahmen der Corona-Maßnahmen in Anspruch genommen? Ja | Nein.*

Befragte, die diese Frage mit „Ja“ beantwortet haben, wurden dann nach den genutzten Maßnahmen gefragt: *Welche der folgenden staatlichen Unterstützungen haben Sie selbst oder jemand aus Ihrem Haushalt in Anspruch genommen? Kurzarbeitergeld | Verlängerter Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG I) | Ergänzungsleistungen, also „Aufstocken“ oder „Ergänzen“ | „Bonus-Kindergeld“ | Kinderzuschlag (KiZ) | Entschädigungen bei Kinderbetreuung, z.B. wegen geschlossener Schule oder Kita | Leistungen der Sozialhilfe, also z.B. Leistungen für Unterkunft und Heizung | Wohngeld | für Selbstständige: Staatliche Unterstützung für Selbstständige, und zwar: (offene Nennung) | Andere Unterstützung(en), und zwar: (offene Nennung).* Hierbei waren Mehrfachnennungen möglich.

Nicht-Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung und Gründe dafür. Unter denjenigen Befragten, die keine sozialpolitische Unterstützung im Rahmen der Corona-Krise angenommen hatten, fragten wir nach den Gründen der Nicht-Inanspruchnahme: *Warum haben Sie selbst oder jemand aus Ihrem Haushalt die Unterstützung nicht wahrgenommen? Ich/wir hab/en keine Unterstützung gebraucht. | Ich/wir könnte/n Unterstützung gebrauchen, aber gehe/n davon aus, dass ich/wir nicht anspruchsberechtigt bin/sind. | Ich/wir könnte/n Unterstützung gebrauchen, aber es ist mir/uns unangenehm, danach zu fragen. | Ich/wir könnte/n Unterstützung gebrauchen, weiß/wissen aber nicht, wie man diese bekommen kann. | Ich/wir könnte/n Unterstützung gebrauchen, aber der bürokratische Aufwand ist zu hoch. | Ich/wir würde/n nie staatliche Unterstützung annehmen. | Andere Gründe, und zwar: (offene Nennung).* Hierbei waren Mehrfachnennungen möglich.

Auf Grundlage dieser Frage identifizieren wir Haushalte, die einen ungedeckten Bedarf an sozialpolitischer Unterstützung hatten. Diese Gruppe umfasst alle Befragten, die angaben, dass sie Unterstützung gebrauchen könnten, aber davon ausgingen, nicht anspruchsberechtigt zu sein; denen es unangenehm war nach der Unterstützung zu fragen; denen der bürokratische Aufwand zu hoch war; die nicht wussten, wie man diese Unterstützung bekommen kann oder die in der offenen Kategorie andere Gründe genannt haben.⁴

⁴ Etwa die Hälfte der Befragten, die in der offenen Kategorie weitere Gründe nannten, gab an, einen Antrag auf

Soziodemographische Charakteristika. Weiterhin verwenden wir in dieser Analyse Hintergrundvariablen wie Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Haushaltszusammensetzung und Wohnverhältnisse, Ost/West, Migrationshintergrund, Erwerbssituation, Selbständige Tätigkeit, Vermögen und die Branche der Beschäftigung sowie deren Betroffenheit durch die Corona-Krise. Nach Erfassung des Wirtschaftszweiges,⁵ in dem die befragte Person derzeit beschäftigt ist oder zuletzt beschäftigt war, erfassten wir die Betroffenheit der Branche durch die Corona-Krise über folgende Frage: *Ist diese Branche Ihrer Einschätzung nach in besonderem Maße von der Corona-Krise betroffen? Ja, und zwar negativ | Ja, und zwar positiv | Nein, nicht bzw. kaum betroffen.*

3. Betroffenheit privater Haushalte in Deutschland durch die Corona-Krise

Zentral für unsere Erhebung ist die Erfassung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie für die privaten Haushalte in Deutschland. Knapp ein Viertel der Befragten (24,3 Prozent) gibt an, dass das Nettohaushaltseinkommen aufgrund der Corona-Krise gesunken ist. In Tabelle 1 lassen sich weiterhin deutliche Unterschiede in der Betroffenheit zwischen den beobachteten Gruppen erkennen. Frauen geben häufiger als Männer an, Einkommenseinbußen erlitten zu haben. Jüngere Personen zwischen 30 und 39 Jahren verzeichnen häufiger Einkommenseinbußen als ältere Personen und Personen mit höherem Bildungsstand häufiger als jene, die einen Hauptschulabschluss erreicht haben. Ebenso lassen sich Unterschiede hinsichtlich der Haushaltskonstellationen erkennen: Insbesondere Alleinerziehende berichteten von Einkommensverlusten. Hinsichtlich der Erwerbssituation ist zudem erkennbar, dass Personen ohne oder nur mit gelegentlicher Erwerbstätigkeit sowie Personen in geringfügiger Beschäftigung eher von den Einschnitten betroffen waren als Vollzeitwerbstätige. Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind eher von Einkommenseinbußen betroffen als solche, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Zuletzt ist unter Haushalten, die Eigentümer ihrer bewohnten Immobilie sind, eine geringere Betroffenheit von Einkommensverlusten erkennbar im Vergleich zu Haushalten, die zur Miete wohnen.

Vermögensverluste waren unter Befragten ähnlich weit verbreitet. Etwa 16 Prozent der Befragten gaben an, geringe finanzielle Verluste erlitten zu haben, und knapp 9 Prozent berichteten von deutlichen Verlusten. Diese Gruppen waren überwiegend auch von Einkommenseinbußen betroffen: Jeder zweite Haushalt mit geringen finanziellen Verlusten und knapp 80 Prozent der Haushalte mit deutlichen Verlusten gab an, Einkommenseinbußen erlitten zu haben. Zudem gaben 14 Prozent der Befragten an, dass sie vor der Krise kein finanzielles Vermögen besaßen. Auch diese Gruppe war zu 35 Prozent, und damit überdurchschnittlich häufig, von Einkommensverlusten betroffen.

Insgesamt zeigt sich, dass Gruppen, die bereits vor der Corona-Krise als vulnerabel galten, eher angaben, durch die Corona Krise Verluste erlitten zu haben. Verglichen mit Ergebnissen aus Studien aus den ersten Monaten der Corona-Pandemie zeigen unsere Ergebnisse aus dem zweiten Lockdown ein

Unterstützung gestellt zu haben, der jedoch abgelehnt wurde.

⁵ Die Befragten konnten sich den Branchen der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) zuordnen, wobei unsere Klassifikation die Kategorie C aufteilte in „verarbeitendes Gewerbe allgemein“ und „Maschinenbau“. Die Kategorien „Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch Private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt“ sowie „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ wurden ausgelassen und durch eine offene Angabe ersetzt.

ähnliches, aber weiter zugespitztes Bild. Unsere Ergebnisse deuten auf eine höhere Betroffenheit von Einkommensverlusten hin, verglichen mit den Ergebnissen von Schröder *et al.* (2020) im März und April 2020. Jedoch decken sich die von uns als besonders vulnerabel identifizierten Gruppen mit den Ergebnissen von Bonin *et al.* (2021b), die sich auf die Beschäftigungsrückgänge zwischen Mai und September 2020 beziehen, und den Analysen aus Hövermann und Kohlrausch (2020) im April 2020 auf Grundlage der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020. Zudem bestätigen die Analysen von Kritikós *et al.* (2020) die stärkere Betroffenheit durch Einkommensverluste unter Selbstständigen im Vergleich zu Personen in abhängiger Beschäftigung.

Tabelle 1: Haushalte mit Einkommensverlusten in Deutschland während der Corona-Krise (in %)

	In %	SE		In %	SE
Gesamt	24,3	(1,1)			
Geschlecht			Ostdeutschland & Berliner Ostbezirke		
Männlich	22,8	(1,6)	West	24,2	(1,2)
Weiblich	25,9	(1,6)	Ost	24,4	(3,0)
Alter			Erwerbstätigkeitsstatus		
30 bis 39 Jahre	26,4	(2,3)	Vollzeit	22,5	(1,4)
40 bis 49 Jahre	22,9	(2,2)	Teilzeit	25,3	(2,4)
50 bis 59 Jahre	24,8	(1,9)	Geringfügig	33,9	(6,1)
60 Jahre und älter	20,5	(2,6)	Nicht oder nur gelegentlich erwerbstätig	30,4	(4,6)
Schulabschluss			Deutsche Staatsangehörigkeit		
Hauptschulabschluss	20,6	(3,0)	keine dt. Staatsangehörigkeit	28,6	(3,4)
Mittlere Reife	24	(1,6)	Dt. Staatsangehörigkeit	23,6	(1,2)
(Fach-) Abitur	25,9	(1,9)			
Selbstständig			Wohnverhältnis		
In nicht-selbstständiger Tätigkeit	22	(1,1)	Mieter	25,6	(1,6)
Selbstständig	44,3	(4,2)	Eigentum	22,6	(1,6)
Haushaltstypen			Vermögensquintil 2019		
Ledig/Geschieden	27,3	(2,4)	1 (niedrig)	25,5	(2,4)
Alleinerziehend	30,2	(4,9)	2	23,9	(2,6)
Partnerschaft	21,8	(1,8)	3	29,1	(3,6)
Partnerschaft m. Kindern	23,8	(1,9)	4	20,1	(4,1)
Andere	0	(0,0)	5 (hoch)	21,7	(3,2)
			Keine Angabe	23,9	(2,1)

Quelle: Eigene Berechnungen. Anteile gewichtet für Repräsentativität für die deutschsprachige, erwerbstätige Wohnbevölkerung ab 30 Jahre. N= 1.872. SE= Standard Fehler.

4. Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung

Um die Folgen der finanziellen Verluste abzumildern, konnten Haushalte auf die einleitend genannten sozialpolitischen Unterstützungsmaßnahmen zurückgreifen. Um die Relevanz dieser Maßnahmen für die Bevölkerung abzuschätzen, stellen wir die Nutzung der Maßnahmen zunächst überblicksartig dar und analysieren im zweiten Schritt, welche Gruppen die Maßnahmen in Anspruch genommen haben.

Abbildung 1 (links) zeigt den Anteil der Haushalte, der sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch genommen hat. Betrachtet man die gesamte Erwerbsbevölkerung über 30 Jahre, so zeigt sich, dass knapp jeder elfte Haushalt (9,2 Prozent) sozialpolitische Unterstützung in Anspruch genommen hat. Der rechte Teil der Abbildung stellt die genutzten Maßnahmen im Einzelnen unter denjenigen Befragten dar, die sozialpolitische Unterstützung in Anspruch nahmen. Es zeigt sich das folgende Bild: Am weitesten verbreitet ist das Kurzarbeitergeld, das etwa die Hälfte der Bezieher von Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch nahm.⁶ Ebenso hat knapp ein Drittel der Haushalte Bonus-Kindergeld bezogen. Der hohe Anteil der Haushalte, der Soforthilfe bezogen hat, kann durch den hohen Anteil der Selbstständigen erklärt werden, der sozialpolitische Unterstützung erhalten hat (32 Prozent im Vergleich zu sieben Prozent der nicht-Selbstständigen). Alle weiteren Maßnahmen wurden von weniger als zehn Prozent der Haushalte genutzt.

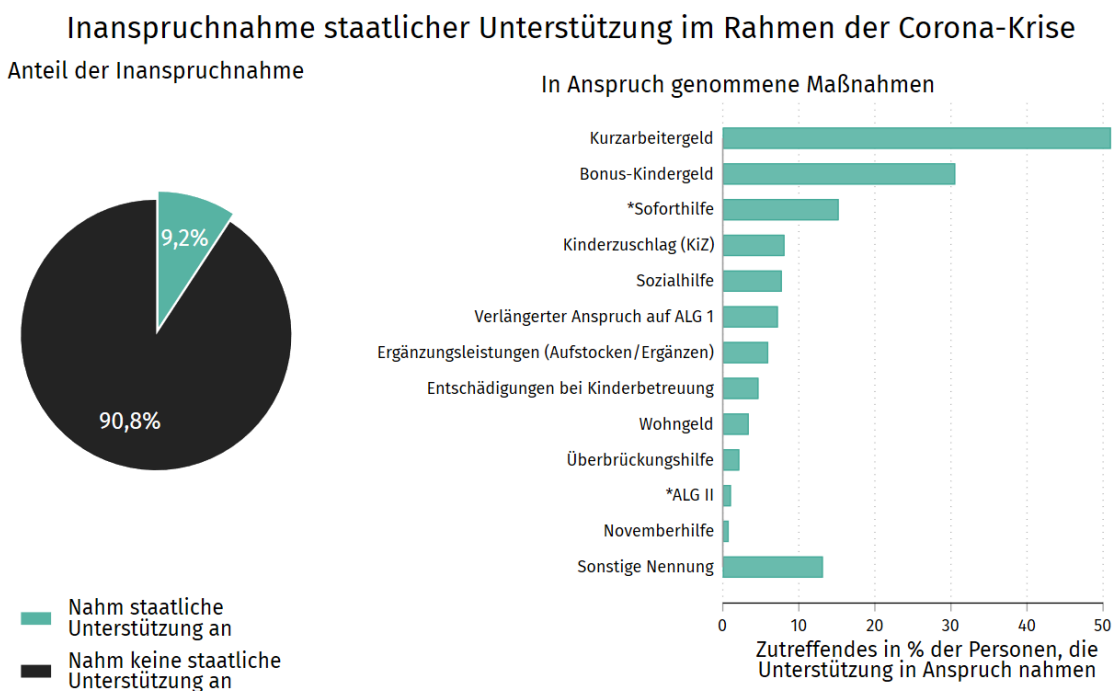


Abbildung 1: Verbreitung und Art der genutzten sozialpolitischen Unterstützungen

⁶ Der deutliche Anstieg der Kurzarbeit konnte insbesondere zwischen März und Mai 2020 beobachtet werden, war jedoch im Anschluss leicht rückläufig (Link und Sauer, 2020), wobei ein erneuter Anstieg der Leistungsempfänger der Kurzarbeit im Oktober 2020 einsetzte, der bis zum Ende unserer Erhebung andauerte (Link und Sauer, 2021).

In Abbildung 2 stellen wir die Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützungsmaßnahmen getrennt nach Einkommens- und Vermögensverlusten dar. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Haushalten getrennt nach finanziellen Verlusten: Unter den Haushalten, die sowohl Einkommens- als auch Vermögensverluste erlitten haben, nahmen knapp ein Viertel der Haushalte sozialpolitische Unterstützungen in Anspruch. Ähnlich hoch lag der Anteil unter den Haushalten, die ausschließlich Einkommensverluste verzeichneten. Unter Haushalten, die nur Vermögensverluste erlitten haben oder über kein finanzielles Vermögen verfügten, und jenen, die keine Verluste verzeichneten, nahmen etwa zehn Prozent sozialpolitische Unterstützung in Anspruch.

Insgesamt zeigt sich, dass selbst unter Haushalten mit finanziellen Verlusten die überwiegende Mehrheit keine Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch nahmen.

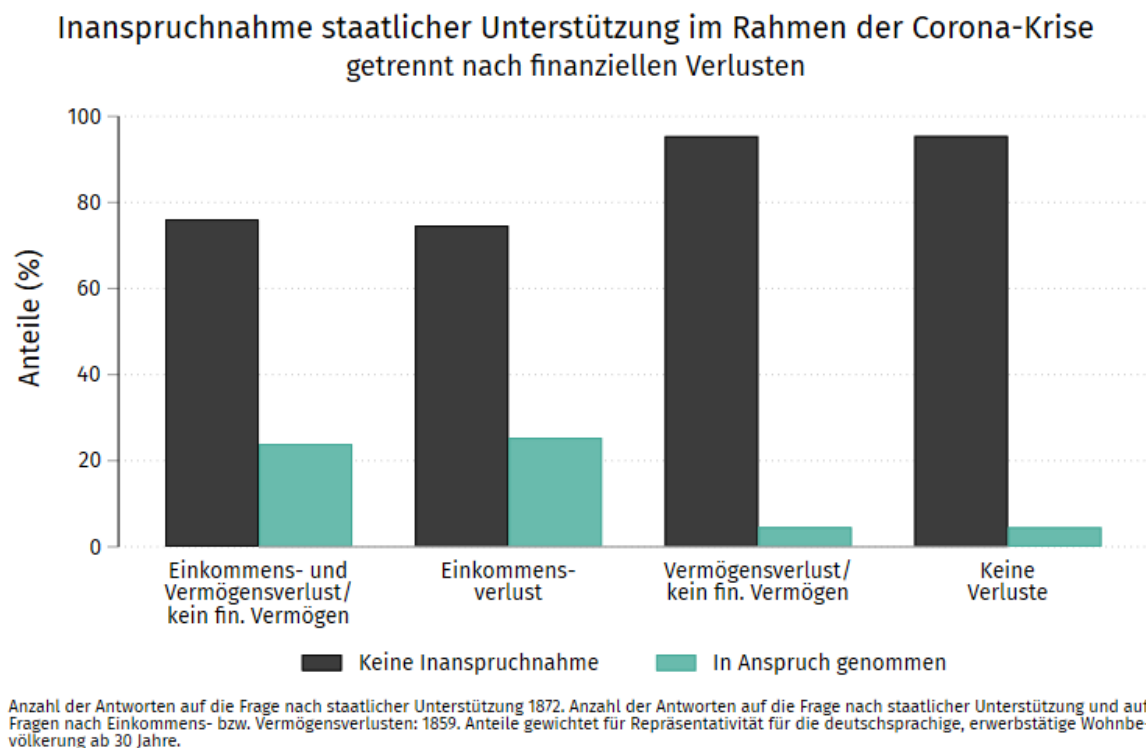
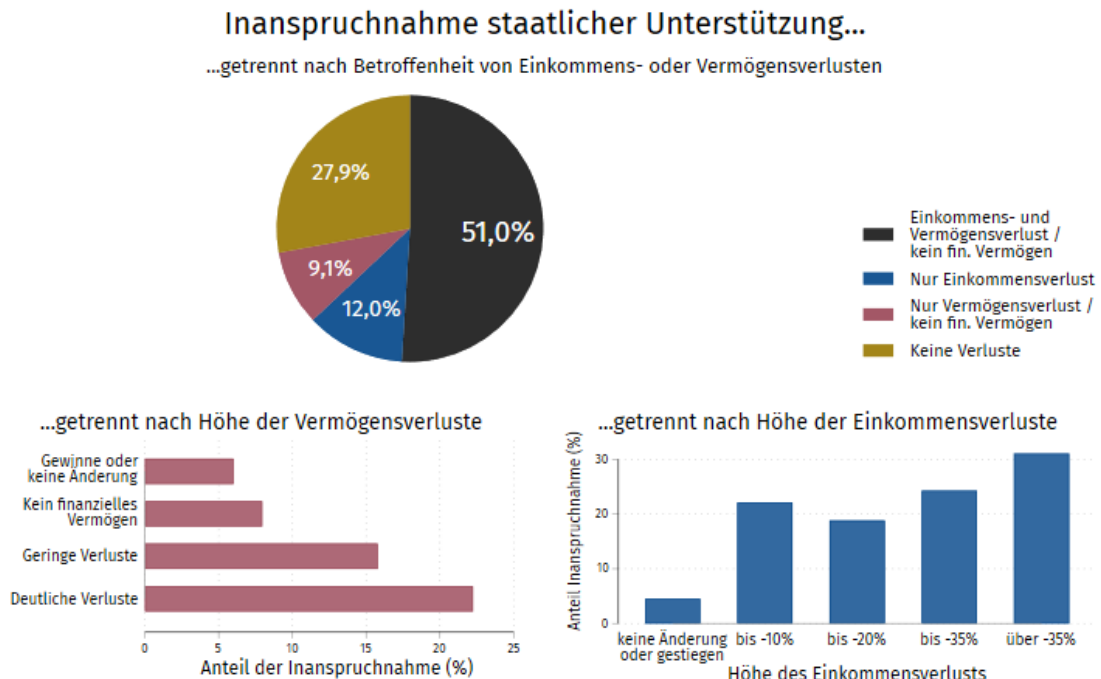


Abbildung 2: Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung im Rahmen der Corona-Krise

Abbildung 3 zeigt die Betroffenheit durch Einkommens- und Vermögensverluste unter Haushalten, die sozialpolitische Unterstützung in Anspruch genommen haben. Im Gegensatz zur vorherigen Darstellung beziehen wir uns nun nur auf jene Haushalte, die tatsächlich Unterstützungen erhielten. Mehr als die Hälfte dieser Haushalte verloren Einkommen oder Vermögen – oder besaß bereits vor der Krise keine nennenswerten Rücklagen. Neben den Gruppen, die nur Einkommensverluste zu verbuchen hatten (neun Prozent) oder nur Vermögensverluste verzeichneten oder kein finanzielles Vermögen hatten (zwölf Prozent) zeigt sich auch, dass mehr als ein Viertel der Haushalte, die Unterstützung erhielten, keine Verluste angab (28 Prozent).

Der untere Teil der Abbildung 3 zeigt die Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützungsmaßnahmen getrennt nach der Höhe des Vermögens- oder Einkommensverlusts. Der Anteil der Haushalte,

die Hilfe in Anspruch nahmen, steigt mit der Höhe der Verluste. So erhalten nur fünf Prozent der Personen Unterstützung, deren Vermögen während der Krise unverändert blieb oder sogar wuchs. 22 Prozent der Haushalte mit deutlichen Vermögensverlusten erhielten Unterstützung. Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Einkommensverluste: Während knapp fünf Prozent der Personen mit unverändertem oder gestiegenem Einkommen Unterstützung bezogen, liegt dieser Anteil bei Personen mit einem Verlust des monatlichen Nettoeinkommens von mehr als 35 Prozent bei knapp einem Drittel.



171 Befragte gaben an, staatliche Unterstützung zu erhalten. 1861 beantworteten die Frage nach staatlicher Unterstützung und gaben auch die Höhe der Einkommensverluste an, 1869 gaben die Höhe der Vermögensverluste an, und 1859 gaben die Höhe beider Schocks an. Anteile gewichtet, repräsentativ für die deutschsprachige, erwerbstätige Wohnbevölkerung ab 30 Jahre (siehe Abschnitt 2).

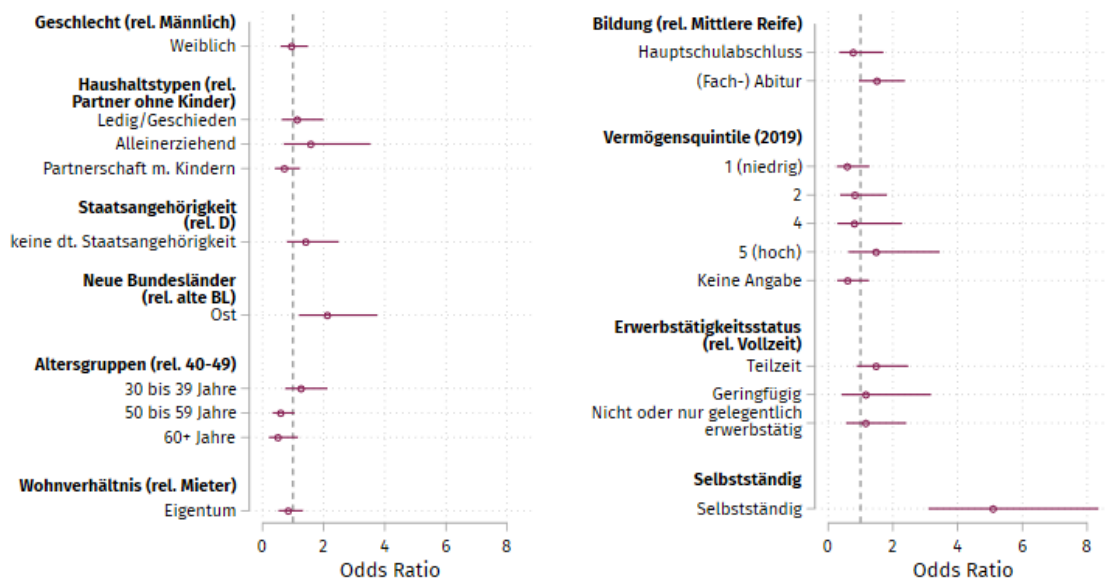
Abbildung 3: Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung, getrennt nach Einkommens- und Vermögensverlusten

Neben der grundsätzlichen Inanspruchnahme sind auch die Charakteristika der Personen von Interesse, die sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch genommen haben. Für diese Analyse beschränken wir die Stichprobe auf Haushalte, die von Einkommens- oder Vermögensverlusten betroffen waren, da der vorhandene Bedarf in dieser Gruppe am ehesten den pandemischen Folgen zuzuordnen ist. Um besser zu verstehen, welche soziodemographischen Faktoren mit einer Inanspruchnahme einhergehen, analysieren wir die soziodemographische und sozioökonomische Zusammensetzung mit Hilfe logistischer Regressionen.

Abbildung 4 stellt die Odds Ratios (OR) dar, also den Beitrag der Ausprägungen der soziodemographischen Gruppe relativ zur jeweiligen Vergleichsgröße. Die Abbildung zeigt, dass Personen in den neuen Bundesländern mehr als doppelt so oft sozialpolitische Maßnahmen in Anspruch nahmen wie Personen in Westdeutschland, da die Ausprägung „Osten“ eine Odds Ratio von 2,11 hat. Zusätzlich lässt sich erkennen, dass Selbstständige im Vergleich zu Personen in abhängiger Beschäftigung deutlich häufiger Unterstützungsmaßnahmen wahrnahmen, die Ausprägung „Selbstständig“ hat

eine Odds Ratio von 5,08. Personen im Alter von über 50 Jahren haben seltener sozialpolitische Unterstützungen in Anspruch genommen verglichen mit Personen zwischen 40 und 49 Jahren. Der OR der Gruppen 50 bis 59 Jahre und 60+ liegt jeweils unter der Schwelle; beide Koeffizienten sind auf dem Zehn-Prozent-Niveau signifikant.

Inanspruchnahme staatlicher Maßnahmen und soziodemographische Faktoren von Einkommens- oder Vermögensverlusten Betroffene



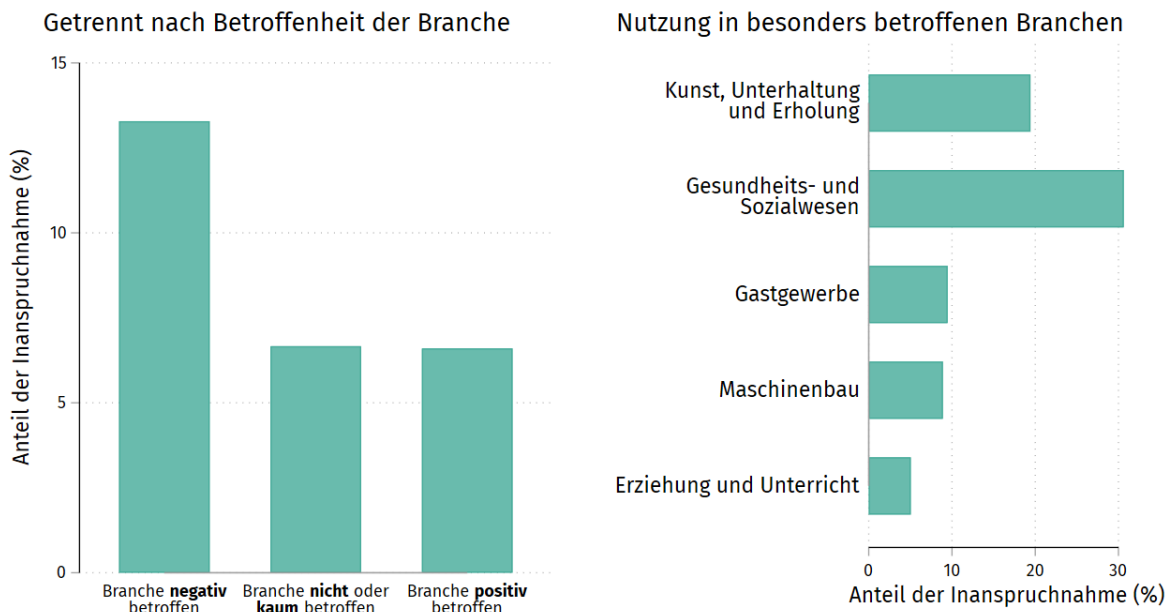
Gewichtete logistische Regression, Abbildung zeigt 95% Konfidenzintervalle. Regressionen gewichtet für Repräsentativität der im Abschnitt 2 beschriebenen Zielgröße. Abhängige Variable ist die Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungen. Personen, die von Vermögens- oder Einkommensverlusten betroffen waren: 794. Pseudo-R2: 0,112.

Abbildung 4: Ergebnis der logistischen Regression zur Nutzung sozialpolitischer Maßnahmen

Zusammenfassend lässt sich aus diesen Ergebnissen ableiten, dass die Inanspruchnahme sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern weiterverbreitet war als im Rest der Bundesrepublik, dass Selbstständige häufiger Gebrauch von den sozialpolitischen Instrumenten machten als abhängig Beschäftigte, und ältere Personen etwas seltener als Personen im mittleren Alter.

Im öffentlichen Diskurs stand die unterschiedliche Betroffenheit der Branchen durch die Corona-Krise oft im Fokus. Die Analyse der Branchenzugehörigkeit und der Einschätzungen der Befragten über die Auswirkungen der Krise auf die Branche wird in Abbildung 5 gezeigt. Personen nahmen eher sozialpolitische Unterstützungen in Anspruch, wenn die Branche, in der sie tätig sind oder zuletzt tätig waren, in besonderem Maße als negativ von der Krise betroffen wahrgenommen wurde (13 Prozent). Ferner zeigt die Abbildung die Inanspruchnahme sozialpolitischer Leistungen in den fünf Branchen, die von den meisten Befragten als negativ von der Krise betroffen eingeschätzt wurden. Unter Beschäftigten der Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsbranche oder im Gesundheits- und Sozialwesen gab jeder fünfte bzw. jeder dritte Haushalt an, sozialpolitische Unterstützung in Anspruch genommen zu haben.

Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung: Betroffene Branchen



Die Angaben zur Betroffenheit der jeweiligen Branche basieren auf den Einschätzungen der Befragten, ob die Branche, in der die letzte oder derzeitige Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde, in besonderem Maße negativ oder positiv von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen war. Neben der Auswertung aller Angaben auf der rechten Seite der Graphik stellen wir die fünf Branchen mit dem höchsten Anteil der eingeschätzten negativen Betroffenheit durch die Corona-Krise dar, falls mehr als fünf Befragte unserer Erhebung angaben, in diesem Sektor tätig gewesen zu sein. Die Anteile der Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung sind gewichtet und repräsentativ für die deutschsprachige, erwerbstätige Wohnbevölkerung ab 30 Jahre (siehe Abschnitt 2).

Abbildung 5: Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung in betroffenen Branchen

5. Nicht-Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung

Unsere bisherigen Analysen bezogen sich auf Haushalte, die sozialpolitische Unterstützung in Anspruch genommen haben. Personen, die keine der angebotenen Maßnahmen in Anspruch nahmen, befragten wir nach den Gründen für die Nicht-Inanspruchnahme. Wie Abbildung 6 zeigt, gaben knapp 80 Prozent dieser Haushalte an, keine Unterstützung benötigt zu haben. Knapp drei Prozent antworteten, dass sie niemals staatliche Unterstützung annehmen würden. Zudem gaben ca. 19 Prozent an, Bedarf an Unterstützung zu haben. Etwa 17 Prozent führten an, dass sie angenommen hatten, für Unterstützungen nicht anspruchsberechtigt zu sein; knapp vier Prozent wussten nicht, wie man an Unterstützung gelangt; und je drei Prozent der Personen war es unangenehm, Hilfe zu beantragen oder sie vermuteten, dass die bürokratischen Hürden zu hoch seien.⁷ Unter diesen Personen besteht demnach ein potenziell ungedeckter Bedarf nach sozialpolitischer Unterstützung. Korreliert man Betroffenheit durch finanzielle Verluste mit dem möglichen Bedarf an Unterstützung, zeigt sich das folgende Bild: Unter den Haushalten, die keinen Bedarf äußerten, waren knapp 30 Prozent durch Einkommens- und Vermögensverluste betroffen. Im Gegensatz dazu waren unter Haushalten mit ungedecktem Bedarf knapp 75 Prozent von Verlusten betroffen.

Im nächsten Schritt betrachten wir die soziodemographischen Charakteristika der Personen, deren Bedarf nach sozialpolitischer Unterstützung nicht gedeckt wurde. Wir stellen mithilfe einer logistischen Regression dar, welche Charakteristika die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einen ungedeckten

⁷ Aufgrund von Mehrfachantworten bei den Gründen addieren sich die Zahlen zu mehr als 100 Prozent. Von 11 Personen, die andere Gründe abgaben, gaben 5 an, dass sie Anträge gestellt hatten, die aber abgelehnt wurden.

Bedarf anzugeben. Wir beschränken uns wie zuvor auf Haushalte, die im Zuge der Corona-Krise Einkommen oder Vermögen verloren haben.⁸

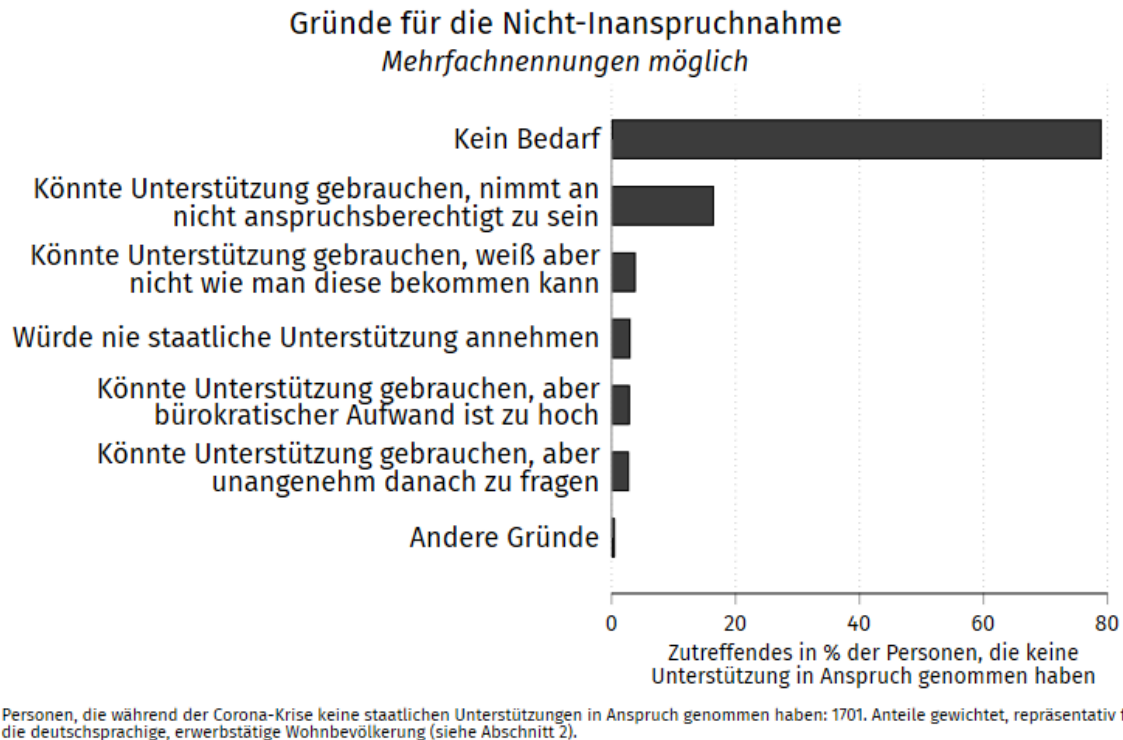


Abbildung 6: Gründe für die Nicht-Nutzung sozialpolitischer Maßnahmen

Die Ergebnisse in Abbildung 7 zeigen den Einfluss einzelner Ausprägungen auf die Wahrscheinlichkeit trotz des vorhandenen Bedarfs keine sozialpolitischen Maßnahmen in Anspruch genommen zu haben, relativ zur jeweiligen Basiskategorie. Alleinerziehende haben demzufolge knapp viermal häufiger keine sozialpolitische Unterstützung in Anspruch genommen, obwohl dafür Bedarf bestanden hätte, verglichen mit Haushalten, in denen zwei Partner mit einem oder mehreren Kindern leben. Zudem zeigt sich, dass Personen über 60 Jahre relativ zu jenen zwischen 40 und 49 Jahren seltener sozialpolitische Maßnahmen nicht in Anspruch nahmen, weil dafür kein Bedarf bestand oder sie nie staatliche Unterstützung annehmen würden ($OR=0,40$). Interessant sind auch die Unterschiede hinsichtlich des Erwerbstätigkeitsstatus: geringfügig Beschäftigte oder Personen, die keiner oder nur einer gelegentlichen Erwerbstätigkeit nachgehen, nahmen deutlich häufiger keine sozialpolitische Unterstützung in Anspruch, obwohl potentiell Bedarf dafür bestanden hätte (ORs 5,14 bzw. 2,73).

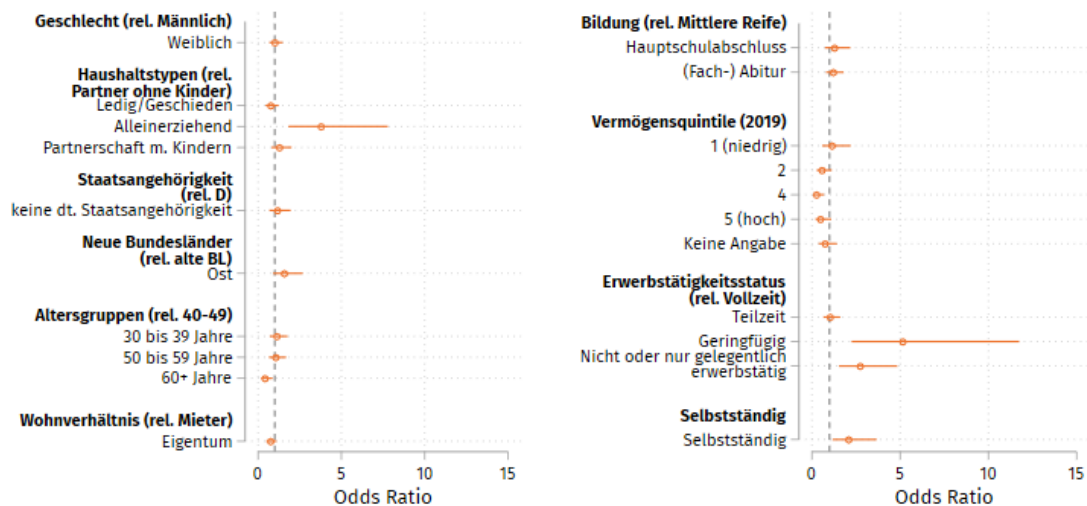
Unsere Ergebnisse stehen im Einklang mit den Erkenntnissen hinsichtlich des immensen Rückgangs der geringfügigen Beschäftigung während der Pandemie (Bonin *et al.* 2021b), der überdurchschnittlichen Betroffenheit von Einkommensausfällen geringfügig Beschäftigter (Beznoska *et al.* 2021) und der Tatsache, dass diese Beschäftigten auf viele sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen keinen Anspruch hatten (z.B. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld). Zuletzt ist bemerkenswert, dass Selbst-

⁸ Bei der Betrachtung der Antworten aller Haushalte sind die Ergebnisse vergleichbar, wenn auch die Effektgrößen leicht abgeschwächt sind.

ständige im Vergleich zu abhängig Beschäftigten doppelt so häufig keine sozialpolitische Unterstützung annahmen, obwohl Bedarf dafür bestand (OR=2,07).

Nicht-Inanspruchnahme staatlicher Maßnahmen und soziodemographische Faktoren von Vermögens- oder Einkommensverlusten Betroffener

0=kein Bedarf/würde nie staatliche Hilfe annehmen; 1=andere Gründe



Gewichtete logistische Regression, Abbildung zeigt 95% Konfidenzintervalle. Regressionen gewichtet für Repräsentativität der deutschsprachigen, erwerbstätigen Wohnbevölkerung ab 30 Jahre (siehe Abschnitt 2). Abhängige Variable ist die Nicht-Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungen, wobei 0=Kein Bedarf oder würde nie staatliche Unterstützungen annehmen, und 1= Angenommen nicht berechtigt zu sein, unangenehm danach zu fragen, bürokratischer Aufwand zu hoch oder andere Gründe. Anzahl der von Vermögens- oder Einkommensverlusten Betroffener, die keine Unterstützung in Anspruch nahmen: 656. Pseudo-R2: 0,117

Abbildung 7: Regressionsergebnisse des ungedeckten Bedarfs

6. Fazit

Um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern, wurden von Bund und Ländern zahlreiche Maßnahmen eingeführt oder bestehende Maßnahmen an die besonderen Gegebenheiten der Corona-Krise angepasst.

Insgesamt waren 43 Prozent der befragten Haushalte im Jahr 2020 durch Einkommens- oder Vermögensverluste durch die Corona-Krise betroffen. Knapp zehn Prozent aller Haushalte gaben an, sozialpolitische Unterstützung in Anspruch genommen zu haben. Die am häufigsten genutzten Maßnahmen waren das Kurzarbeitergeld, das Bonus-Kindergeld sowie Soforthilfen für Selbstständige und Kleinunternehmer. Gleichzeitig gab jeder fünfte Haushalt an, dass er Unterstützung gebraucht hätte, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht wahrgenommen hat. Die Nicht-Inanspruchnahme ist besonders häufig unter Alleinerziehenden, geringfügig Beschäftigten oder nicht bzw. nur gelegentlich Erwerbstätigen. Als Hauptgründe werden hier Unklarheit über die Berechtigung der Inanspruchnahme und bürokratische Hürden genannt.

Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass trotz der Anpassung bestehender und der Einführung zusätzlicher Unterstützungsmaßnahmen eine Gruppe von vulnerablen Haushalten existiert, die offensichtlich nicht von den vorhandenen Maßnahmen erreicht wurde. Um zu eruieren, welche Maßnahmen hier zielführend wären und welche zusätzlichen Hilfen nötig wären, ist eine tiefere Untersuchung erforderlich.

Analyse dieser Gruppen nötig. Erste Hinweise auf mögliche Lösungen lassen sich aus der Art der genutzten Maßnahmen und den Gründen für die Nicht-Nutzung ableiten. Unsere Ergebnisse zeigen, dass insbesondere niedrigschwellige Angebote, die zum Teil auch ohne eigenes Zutun flossen - wie das Kurzarbeiter- oder Bonus-Kindergeld, weit verbreitet waren. Auch die Gründe für die Nicht-Nutzung geben erste Hinweise auf die bestehenden Hürden und mögliche Ansatzpunkte für weitere Hilfen. So lassen diese Hinweise vermuten, dass es für die betroffenen, nicht erreichten Gruppen besonders niedrigschwellige Angebote an sozialpolitischer Unterstützung geben müsste.

7. Literatur

Apra, Carmela; Tabea Bucher-Koenen; Marius Cziriak; Donya Gilan; Omar Hahad; und Max Lohner: *Finanzielle Schocks in der Corona-Krise: Belastungen und Beanspruchungen, Bewältigungsstrategien und -ressourcen*. Working Paper, forthcoming.

Beznoska, Martin; Judith Niehues; und Maximilian Stockhausen (2021): Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie: Staatliche Sicherungssysteme und Hilfsmaßnahmen stabilisieren soziales Gefüge. *Wirtschaftsdienst* 101(1), S. 17–21.

Bonin, Holger; Werner Eichhorst; Annabelle Krause-Pilatus; und Ulf Rinne (2021a): *Wirksamkeitsanalyse der Corona-Maßnahmen*. Kurzepertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn 2021.

Bonin, Holger; Werner Eichhorst; Annabelle Krause-Pilatus; und Ulf Rinne (2021b): *Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf private Haushalte*. Kurzepertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn 2021.

Hövermann, Andreas; und Bettina Kohlrausch (2020): Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. *WSI Mitteilungen*, 73(6), S. 485–492.

Kritikos, Alexander S.; Daniel Graeber, und Johannes Seebauer (2020): *Corona-Pandemie wird zur Krise für Selbstständige*. DIW Aktuell, N. 47.

Link, Sebastian und Stefan Sauer (2020): Umfang der Kurzarbeit steigt in Coronakrise auf historischen Höchststand. *Ifo Schnelldienst* 7/2020, S. 63–67.

Link, Sebastian und Stefan Sauer (2021): *Anhaltender Shutdown führt zu leichtem Anstieg der Kurzarbeit in Deutschland*. Ifo Schnelldienst digital 7/2021.

Schröder, Carsten; Theresa Entringer; Jan Goebel; Markus M. Grabka; Daniel Graeber; Martin Kroh; Hannes Kröger; Simon Kühne; Stefan Liebig; Jürgen Schupp; Johannes Seebauer; und Sabine Zinn (2020): *Erwerbstätige sind vor dem Covid-19-Virus nicht alle gleich*. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, N. 1080-2020.

Autorenteam

Prof. Dr. Carmela Aprea

Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik – Design
und Evaluation instruktionaler Systeme
Universität Mannheim
L 4, 1
68161 Mannheim
www.bwl.uni-mannheim.de/aprea/
aprea@bwl.uni-mannheim.de

Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen

ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische
Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH
L 7, 1
68161 Mannheim
www.zew.de
tabea.bucher-koenen@zew.de

Marius Cziriak

ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische
Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH
L 7, 1
68161 Mannheim
www.zew.de
marius.cziriak@zew.de

Dr. Donya Gilan

Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR)
gGmbH
Wallstraße 7
55122 Mainz
www.lir-mainz.de
donya.gilan@lir-mainz.de

ZEW-Kurzexpertise

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim GmbH
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · twitter.com/ZEW

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktionelle Verantwortung: Dominic Egger · dominic.egger@zew.de

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.